

## Abstimmung über Hamburgs Schulsystem beginnt

Wahlunterlagen für Volksentscheid verschickt – Senat schafft 970 neue Lehrerstellen bis 2016 – Baukosten nicht konkretisiert

Von Insa Gall

Der Volksentscheid über die Reform des Schulwesens ist eröffnet. Heute dürften die ersten Hamburger die Abstimmungsunterlagen für das Plebiszit in ihrem Briefkasten finden. Das Landeswahlamt der Hansestadt hat am Dienstag mit der Verschickung der Unterlagen begonnen, die nach und nach hinausgehen. Laut Abstimmungsleiter Willi Beiß soll jeder der 1 259 875 Wahlberechtigten die Papiere bis spätestens 5. Juni erhalten haben.

Die Bürger können sich dann entweder sofort entscheiden und die ausgefüllten Briefunterlagen portofrei zurückschicken oder aber am 18. Juli ein Wahllokal besuchen. Das Landeswahlamt rechnet damit, dass rund 600 000 Hamburger per Brief abstimmen und nur 100 000 Menschen ihre Stimme persönlich abgeben.

Besonders in den kommenden zwei Wochen wird nun um die Meinung der Hamburger gekämpft. „Wir setzen auf die erste Phase, weil wir glauben, dass viele Menschen sehr schnell abstimmen werden“, sagt Jobst Fiedler, Sprecher der Befürworter-Initiative „Chancen für alle“, die gestern ihre Kampagnenzentrale an der Wendenstraße in Hammerbrook eröffnete. Für den 3. Juni rufen die Anhänger zu einer Demonstration auf. Am 7. Juni wird Bürgermeister Ole von Beust (CDU) gemeinsam mit Vorgänger Klaus von Dohnanyi (SPD) bei einer Veranstaltung im Thalia Theater für das Vorhaben werben.

„Chancen für alle“ will insgesamt 5000 bis 7000 Plakatstände aufstellen und kalkuliert mit einem Etat von 190 000 Euro. Die Informationskampagne des Senats mit 500 Plakaten kostet insgesamt 200 000 Euro. Die Reformgegner von der Volksinitiative „Wir wollen lernen“ verdoppeln angesichts dieser Übermacht die geplante Zahl der Plakate auf 4000. Ihr Sprecher Walter Scheuerl sagt jedoch: „Wir sprechen draußen mit den Menschen, das ist der effektivste Wahlkampf.“

Der Senat hat zum Auftakt des Volksentscheides gestern zumindest die Personalkosten der Reform und deren Finanzierung bis 2016 konkretisiert. So kosten die Reformpläne des Senats 2010 zunächst 8,6 Millionen Euro und nach vollständiger Einführung der Primarschule in allen Jahrgängen 2016 gut 27,9 Millionen Euro jährlich. Dazu kommen die erneute Verkleinerung der Klassen in der Primarschule auf 23 beziehungsweise 19 Schüler und die Abschaffung des Büchergeldes, die die Bürgerschaft in ihrer All-Parteien-Einigung verabschiedete. Diese Kosten beginnen 2010 mit 13,3 Millionen Euro und wachsen bis 2016 dauerhaft auf knapp 46 Millionen Euro an. Bis 2016 will die Behörde 970 zusätzliche Lehrerstellen schaffen, von denen 557 für kleinere Klassen und 97 für Ganztagschulen eingesetzt werden. Die

Zusatzkosten aus der Fraktionseini-gung werden 2010 aus dem Sondervermögen Konjunkturstabilisierungsfonds, dem Hamburger

Konjunkturprogramm, finanziert. Die ab 2011 fälligen Mehrkosten sollen „im Rahmen des laufenden Verfahrens zur Haushaltsaufstellung berücksichtigt“ werden.

„Andere reden von Kürzungen im Bildungsbereich, die Freie und Hansestadt Hamburg investiert massiv in ihre Schulen für bessere Chancen der jüngeren Generation“, sagte Bildungssenatorin Christa Goetsch (GAL). Der SPD-Bildungsexperte Ties Rabe begrüßte die Aussagen zur Finanzierung. Wie er reklamierte auch SPD-Landeschef Olaf Scholz den Erfolg für die eigene Partei.

„Die Kosten für die Einführung der Primarschule sind bisher nicht annähernd beziffert“, kritisierte hingegen Scheuerl. Es sei zwar begrüßenswert, aber eigentlich selbstverständlich, dass der Senat die kleineren Klassen nun auch mit Lehrstellen ausfinanziere. „Doch die Baukosten sind ersichtlich noch nicht berechnet, oder sie werden nicht offengelegt.“ Klar sei, dass die veranschlagten 190 Millionen Euro nicht ausreichen – schon weil diese Planung auf Grundlage der größeren Klassen fußte.